

Kurden in Rojava brauchen unsere Solidarität

Interview mit Murat Cakir, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Kassel

FJ: In kurdisch besiedelten Gebieten wird versucht, eine kommunal organisierte demokratisch-ökologische Gesellschaft nach den Visionen von Abdullah Öcalan umzusetzen. Was sind die Kernelemente dieses Konzeptes und was macht ihre Attraktivität für die Kurden aus?

Die unter Führung der PYD (Partei der demokratischen Union) in den nordsyrischen Regionen Afrin, Kobanê und Cizirê aufgebauten demokratischen Rätestrukturen (Kantone) verdienen es, als »Pariser Kommune des 21. Jahrhunderts« bezeichnet zu werden. Die Selbstverwaltungen, so auch die Selbstverteidigungskräfte, sind charakterisiert durch Geschlechterquoten und Repräsentation von Bevölkerungsgruppen entlang ethnischer bzw. religiöser Zugehörigkeit. Kurdische, arabische sowie assyrisch-christliche Bevölkerungsgruppen haben es bewerkstelligt, gleichberechtigte und gemeinsame Vertretungen aufzubauen. Dorf-, Stadtteil-, Stadt- und Regionalräte sollen eine hohe Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsmechanismen auf allen Ebenen sicherstellen.

Demokratische Preiskontrolle, rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit und kostenlose Schulbildung in der jeweiligen Muttersprache sind weitere Kennzeichen der rätedemokratischen Kantone in Rojava (West-Kurdistan). Trotz der äußerst widrigen Bedingungen wird die Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage von Produktionsgenossenschaften organisiert.

FJ: Wie hat sich dieses Konzept unter den besonderen Bedingungen des Bürgerkrieges bzw. der ausländischen, militärischen Intervention in Syrien entwickelt?

Die PYD, die seit 2004 gegen das Assad-Regime kämpft, hat ungefähr ein Jahr nach dem Beginn der Demonstrationen gegen die syrische Regierung begonnen, die autonomen Verwaltungsstrukturen in den überwiegend kurdisch besiedelten Regionen Syriens aufzubauen. Bereits zuvor tat sich die PYD durch ihr unabhängiges Agieren gegenüber der syrischen Opposition hervor.

Die PYD sprach sich nicht nur gegen eine militärische Intervention aus dem Ausland aus. Gleichzeitig bestand sie auf einer Autonomie Rojavas in einem möglichen zukünftigen Syrien. Die überwiegend arabisch-nationalistische syrische Opposition sowie die sog. »Gruppe der Freunde Syrien« lehnten das kategorisch ab. Rojava wurde international isoliert. Diese Isolation wurde begleitet von einem Wirtschaftsembargo, welches von der Türkei und der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Nordirak umgesetzt wurde.

Trotz dieser widrigen Umstände hat die Bevölkerung in Rojava unter der Führung der PYD ihre demokratische Autonomie erklärt und alle kurdischen Parteien in Rojava aufgefordert, die Leitung gemeinsam mit der PYD und anderen Gruppen zu übernehmen. Barzani-nahe Parteien, die über keinerlei gesellschaftliche Verankerung verfügen lehnten dieses Angebot ab, da sie sich gegen die nichtkapitalistische Orientierung aussprachen.

Inzwischen ist die demokratische Autonomie mit einem »Gesellschaftsvertrag der Kantone Rojavas« verfassungsmäßig festgehalten und übt daher, nicht

nur für die kurdische Bevölkerung Syriens, sondern auch auf andere Völker des Nahen Ostens aufgrund ihrer Ori-

entierung auf Gleichberechtigung und Basisdemokratie eine hohe Attraktivität aus.

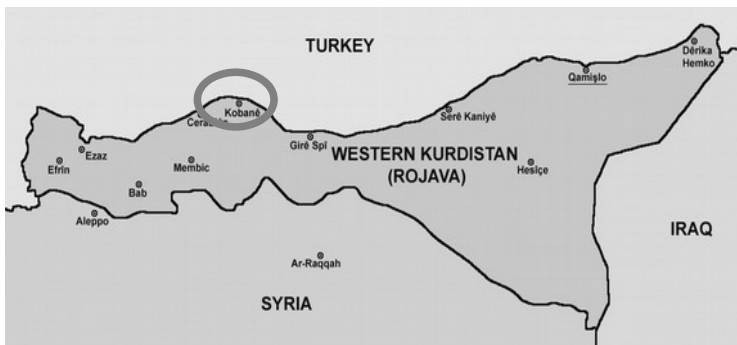
FJ: In welchem Kontext steht dieses mit Kobane als Zielscheibe der IS-Terroristen?

Für das Terrorkalifat, genannt »IS« haben Rojava und insbesondere Kobanê eine strategische Bedeutung. Die demokratische Verfasstheit Rojavas wird von dem Terrorkalifat als »Teufelszeug« angesehen. Aber Kobanê ist aufgrund seiner Eigenschaft als Grenzstadt und mittlerer Kanton besonders wichtig. Wenn Kobanê in die Hände des Terrorkalifats fällt, wird es umso leichter, Kämpfer aus der Türkei zu rekrutieren und Waffen sowie andere Güter zu schmuggeln, zumal die türkischen Behörden offensichtlich sie unterstützen. Die anderen beiden Kantone wären ohne Kobanê von einander abgekoppelt, so dass ihre Verteidigung gegen weitere Angriffe der Terrormiliz schwerer sein würde. Deshalb versucht das Terrorkalifat mit allen Mitteln Kobanê zu erobern.

Die Luftanschläge der sog. »Anti-IS-Allianz«, die durchaus als Völkerrechtswidrig zu bezeichnen sind, werden gegen die Selbstverteidigungskräfte als Faustpfand benutzt, um sie in den Kampf gegen Assad einzubeziehen.

FJ: Keiner der Anrainer-Staaten in der Region scheint ein Interesse an einem Überleben dieses kurdischen Experimentes zu haben. Welche unerwünschten Ausstrahlungen könnten die Prinzipien demokratischen Konföderalismus und Autonomie haben?

Für alle Anrainer-Staaten, auch für die Regierung des kurdischen Autonomiegebiets in Nordirak (KRG) unter der Führung von Massud Barzani stellt Rojava eine Gefahr dar. Die im Iran, Irak, in Syrien und in der Türkei lebende kurdische Bevölkerung verfolgt gespannt die Entwicklung in Rojava und solidarisiert sich mit der Selbstverteidigung Kobanês. Die wage Möglichkeit, dass Rojava auch in anderen Teilen Kurdistans Schule machen könnte, wi-



Grafik: Rojava, wie es auf einer Website der PYD im Oktober 2013 umrissen wurde (Kreismarkierung: Kobane)

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Rojava>

derspricht den langfristigen Interessen der jeweiligen Regierungen. Deshalb wird jede Unterstützung für Kobanê an Bedingungen verknüpft. Während die Türkei und die KRG im Nordirak von Anfang an ein Wirtschaftsembargo gegen Rojava umsetzen und für militärische Unterstützung die Aufhebung der Kantone fordern, hält sich die syrische Regierung zurück, da sie der Türkei keinen Anlass für eine Intervention im syrischen Gebiet geben will. Iran wiederum hat zwar ein Interesse daran, dass die »IS« zurückgedrängt wird, will aber verhindern, dass iranische Kurd_innen dem Beispiel von Rojava folgen.

FJ: Wie riskant ist die kaum verhüllte Unterstützung Erdogans für die IS bei gleichzeitiger Bekämpfung der Kurdischen Autonomie? Was setzt Erdogan damit innen- und außenpolitisch aufs Spiel und warum?

Die türkische Regierung, allen voran der türkische Staatspräsident Erdogan stehen für eine konfessionell ausgerichtete sunnitisch-konservative Politik im Innern wie im Außen. Dieser sunnitische Konservatismus dient ihnen zur Umsetzung der rigorosen neoliberalen Politik. Aber auch wenn die Regierung fest auf dem Sattel zu sitzen scheint, hat ihre Politik zwei Achillesferse: Zum einen die wirtschaftliche Situation, die sehr brüchig ist. Die türkische Wirtschaft ist vom ständigen Zufluss des Auslandskapitals abhängig. Etwaige Rückflüsse können innerhalb einer kurzen Zeit zu großen Problemen führen. Die Tatsache, dass die Verschuldung der privaten Haushalte in den letzten 10 Jahren dramatisch gewachsen ist und inzwischen rund 30 Mio. Menschen als „nicht kreditwürdig“ auf schwarzen und grauen Listen der Banken geführt werden, deutet auf einen großen sozialen Konflikt hin, welches entstehen würde, wenn der Wirtschaftsmotor zu stottern beginnt. Die zweite Achillesferse ist die kurdische Frage. Die AKP-Regierung versucht seit langem durch Versprechungen, die im Detail als kosmetische Korrekturen entlarvt wurden, die auf Gleichberechtigung hoffende kurdische Bevölkerung hinzuhalten. Aber lange wird die Regierung die Menschen nicht mehr hinhalten können, denn Anfang Oktober 2014

konnte man verfolgen, dass die »kurdische Straße« immer radikaler wird und unkontrollierbare »Wutdemonstrationen« entstehen können.

Die Fortführung des sogenannten Friedensprozesses mit den Kurden ist damit akut gefährdet, da inzwischen von der PKK erklärt wird, dass ohne rechtliche Schritte zugunsten der Kurden dieser Prozess beendet und der bewaffnete Kampf wieder aufgenommen wird. Wenn die Regierung keine konkreten Schritte unternimmt, kann der neu entstehender Konflikt blutiger werden, als es bisher war.

Es ist zwar richtig, dass quasi alle außenpolitischen Ziele der AKP-Regierung nun in Trümmern liegen, aber es sollte nicht vergessen werden, dass die Türkei NATO-Mitglied ist.

FJ: Welche Konsequenz hat dabei denn die seitens der US-Regierung vorgetragene Kritik an der AKP-Regierung?

Es ist unwahrscheinlich, dass die USA oder die EU die Türkei fallen lassen würden. Die strategische Bedeutung der Türkei als Energieumschlagplatz, als Frontland des Westens im Nahen Osten und als ein NATO-Mitglied mit einer großen Armee ist nicht zu unterschätzen. Ob mit dieser oder anderer Regierung, die Türkei wird immer ein wichtiger Akteur von imperialistischen Strategien bleiben. Trotz der vielen Kritiken aus Washington, Berlin oder Brüssel an der AKP-Regierung ist eine signifikante Veränderung der Türkeipolitik unterschiedlicher westlicher Staaten nicht festzustellen.

FJ: Die PKK gilt auch seitens der EU immer noch offiziell als Terrororganisation. Was müsste geschehen, damit dieser Anachronismus beseitigt werden kann?

Auch hier gilt, dass der Westen keine Schritte unternommen wird, mit denen die Interessen der Türkei berührt werden. Die Liste der Terrororganisationen ist im Grunde willkürlich zusammengestellt und nur politisch begründet. Die westliche Politik in Syrien und im Irak sowie gegenüber der kurdischen Bevölkerung hat seit langem ihre Glaubwürdigkeit verloren. Erst die veränderte Wahrnehmung der westlichen Öffentlichkeit und der daraus zu Güns-

ten der Kurd_innen wachsende Druck auf die politischen Verantwortlichen im Westen, hat zu einer taktischen Veränderung der Haltung gegenüber der kurdischen Bewegung geführt. Die einzige Möglichkeit, den Anachronismus zu beseitigen ist, für mehr Druck über Aufklärung und Information der demokratischen Öffentlichkeit zu sorgen.

FJ: Was könnte die deutsche Friedensbewegung tun, um einen Schulterschluss mit den relativ hoch politisch motivierten Kurden in Deutschland zu finden?

Zuerst die eigenen Hausaufgaben erledigen: weiterhin und verstärkt gegen Kriegseinsätze, Interventionen und für friedliche Konfliktlösung und strikte Rüstungsverbote streiten. Sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ihren NATO-Partner für mehr Demokratisierung und friedliche Lösung der kurdischen Frage unter Druck setzt, ihre auf rein wirtschaftliche und strategische Interessen beruhende Türkei-Politik ändert. Die Selbstverteidigungseinheiten von Kobanê haben unlängst erklärt, dass sie zusammen mit den PKK-Einheiten und weiteren YPG-Gruppen aus den anderen beiden Kantone die Verteidigung Rojavas selbst leisten können. Die Türkei müsste diesen Einheiten nur einen Korridor auf ihrem Territorium für militärischen Nachschub und logistische Versorgung öffnen und die faktische Unterstützung des »IS« unterlassen. Diese Forderung möglichst laut zu stellen ist notwendig. Die deutsche Regierung muss unter Druck gesetzt werden, damit sie ihrem NATO-Partner Druck macht.

Rojava bildet ein Gegenmodell zur ethnischen und konfessionellen Polarisierung in der gesamten Region. Das ein solches Modell bisher allein durch Selbstverteidigungskräfte, also ohne imperialistische Protektion geschützt werden konnte, stellt eine Besonderheit dar. Die deutsche Friedensbewegung sollte ihre Möglichkeiten nutzen, um diese Modell einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und Spendenaufrufe für die Selbstverteidigungskräfte unterstützen. Denn in Kobanê geht es um zivilisatorische Errungenschaften, die dringender internationaler Solidarität bedürfen.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil